

Klare Inhalte. **SPD/CDU**  
Stabile Mehrheiten.  
Wirtschaftliche Stärke.  
Gesellschaftlicher Zusammenhalt.  
**Unser Main-Kinzig-Kreis.**



# Präambel

---

Der Main-Kinzig-Kreis ist ein wirtschaftlich erfolgreicher Landkreis mit einer engagierten Bürgergesellschaft als Teil einer solidarischen, kommunalen Familie, dessen Stärken und Potenziale wir, SPD und CDU, in der aktuellen Wahlperiode halten und ausbauen wollen. Gemeinsam ist uns das Ziel, in verlässlicher, in gegenseitigem Vertrauen und Respekt begründeter Zusammenarbeit durch eine stabile Politik weiterhin die Weichen für den Erfolg und das Wachstum im Main-Kinzig-Kreis zu stellen. Das Schaffen und Erhalten von guten Arbeitsplätzen hat Priorität und ist Bedingung für eine von Solidarität geprägte Sozialpartnerschaft.

Dazu gehört auch, die weichen Standortfaktoren zu stärken und die Attraktivität des Kreises weiterzuentwickeln. Die Koalition setzt hierbei den Schwerpunkt auf Bildung, Erziehung und Forschung mit einer modernen digitalen Infrastruktur. Wir stehen für einen Main-Kinzig-Kreis der Bildungschancen, für eine aktive und aktivierende soziale Infrastruktur, für eine effiziente Wirtschaftsförderung und einen Kreis der ökonomischen und ökologischen Weiterentwicklung vor Ort. Gemeinsam stärken wir Vielfalt, das Zusammenleben der Generationen, mit einer guten Betreuung der Jüngsten und die wohnortnahe Versorgung der Ältesten, wir erhöhen die Identifikation der Menschen im Main-Kinzig-Kreis mit ihrer Heimat nicht zuletzt durch eine nachhaltige Unterstützung des ländlichen Raums und ermöglichen damit die aktive Gestaltung des demografischen Wandels. Das sind Aufgabe und Herausforderung für die politischen Gremien wie auch die tägliche Arbeit in der Verwaltung.

Die Koalitionspartner sprechen sich für den Fortbestand und die Weiterentwicklung der kreiseigenen Betriebe und Gesellschaften in Trägerschaft des Main-Kinzig-Kreises aus.

Die Koalition steht für wirtschaftlichen Aufschwung einerseits und den gesellschaftlichen Zusammenhalt andererseits.

Im Ergebnis der Gebietsreform des Jahres 1974 entstand aus den früheren Altkreisen Schlüchtern, Gelnhausen, Hanau sowie der Stadt Hanau unser Main-Kinzig-Kreis. Um nach über vier Jahrzehnten den Zusammenhalt in unserem Kreis zu stärken und die wichtigsten gemeinsamen Ziele für die Zukunft zu formulieren, wollen wir für den Main-Kinzig-Kreis ein einheitliches Leitbild entwickeln. Im Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft, Kultur, Kirchen, Vereinen, caritativen

Verbänden und vor allem mit interessierten Menschen aus allen 29 Städten und Gemeinden können wir gemeinsam ein solches Leitbild erstellen.

Uns verbindet der gemeinsame Wille, Lösungen zu finden zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger unseres Kreises.

# Wirtschaft und Arbeit

---

Der Main-Kinzig-Kreis versteht sich als Ansprechpartner und Förderer der heimischen Wirtschaft. In diesem Sinne setzen die politischen Partner die vertrauensvolle Zusammenarbeit des Kreises mit den Verbänden des Handwerks, des Handels und der Industrie fort mit dem Ziel, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und Unternehmensgründungen im Main-Kinzig-Kreis auszubauen. Es ist zum einen wichtig, dass der Kreis und die Städte und Gemeinden bei der Wirtschaftsförderung den Unternehmen auch weiterhin zur Seite stehen und Hilfestellung geben: bei Standortfragen, bei der Begleitung in Belangen des Umweltschutzes, bei baulichen Erweiterungen und Genehmigungsverfahren. Zum anderen ist es wichtig, dass das Standortprofil durch ein nachhaltiges Wirtschaftsförderkonzept geschärft wird und diese Themen bearbeitet werden, z.B. Digitalisierung, Netzwerk- und Clusterbildung sowie die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen. Ferner wird der Kreis bei der Vergabe öffentlicher Aufträge weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, um kleine und mittlere Unternehmen im Main-Kinzig-Kreis vergaberechtskonform zu beauftragen und so die Wertschöpfung in unserer Region halten zu können. Um den Wirtschaftsstandort Main-Kinzig-Kreis mittel- und langfristig zu sichern, setzt sich der Kreis in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden für die Ausweisung zusätzlicher Gewerbeflächen ein. Ein Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung liegt dabei auf der Bestandspflege, das heißt die Sicherung vorhandener Unternehmen und deren Unterstützung bei Erweiterungswünschen. Zur Erreichung dieser Zielvorstellungen wird der Aufgabenbereich Wirtschaftsförderung strukturell effizient verstärkt und ausgebaut.

Wir sehen es als nachhaltige Aufgabe an, Menschen intensiv auf dem Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu begleiten. Dies funktioniert im Main-Kinzig Kreis mit der eigenständigen Verantwortungsübernahme im Kommunalen Center für Arbeit. Die vorhandenen Strukturen auch im Hinblick auf die AQA werden unterstützt und wo notwendig auch kommunal angepasst. Im Rahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik werden die politischen Partner über ihre Bundestagsfraktionen darauf dringen, die finanziellen Mittel für die Qualifizierung und Wiedereingliederung der Langzeitarbeitslosen zu erhöhen und im Rahmen der Gesetzgebung auch regionale Instrumente zu

ermöglichen. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zum Ziel, die kommunal verantworteten Maßnahmen zur Qualifizierung und Arbeitsvermittlung zu stärken. Dabei sollen auch geeignete Maßnahmen zur Vorbeugung des Fachkräftemangels umgesetzt werden. Wir unterstützen ausdrücklich regionale Initiativen und kommunale Vereinbarungen, die gemeinsames zielgerichtetes Vorgehen in Partnerschaft mit der Wirtschaft zum Ziel haben.

Auch die Integration der bei uns lebenden Zuwanderer zu fördern, ist für uns eine wichtige politische Aufgabe. Die Koalitionspartner treten für eine Integration der Menschen ein, die getreu dem Motto „Fördern und Fordern“ die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Vermittlung anerkannter Asylbewerber in Arbeit. Hierbei ist weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die Sprachvermittlung als Schlüssel zur Integration in die Gesellschaft zu legen. Die Koalitionspartner bekennen sich zu der Entscheidung des Kreises, Asylbewerbern unabhängig von ihrem Status Deutschkurse anzubieten. Sie treten beim Land und beim Bund gemeinsam mit den Städten und Gemeinden dafür ein, dass die finanziellen Rahmenbedingungen zur Integration von Flüchtlingen für die kommunale Ebene weiter verbessert werden, um vor Ort größtmöglichen Handlungsspielraum zu gewinnen. Das bestehende Netzwerk aus Institutionen, Verbänden und Organisationen soll gepflegt und ausgebaut werden, um einen möglichst ganzheitlichen Ansatz der Integration zu fördern. Die Koalition sieht hier das Kommunale Center für Arbeit in einer Schlüsselrolle.

# Kommunalfinanzen

---

Die Politik einer nachhaltigen Konsolidierung wird fortgesetzt. Die gemeinsame Haushalts- und Finanzpolitik folgt auch weiterhin dem erfolgreich praktizierten Dreiklang aus Konsolidierung durch Abbau von Altdefiziten, Investitionen in die kreiseigene Infrastruktur und Entlastung der Städte und Gemeinden. Ausgegliche Haushalte und der Abbau von Schulden behalten ihre hohe Priorität. Dazu gehört eine angemessene und weiterhin konjunkturunabhängige finanzielle Ausstattung von Kreis, Städten und Gemeinden durch das Land Hessen. Auch künftig muss es Spielräume seitens des Landes Hessen für Kommunen geben, Darlehen zur Gegenfinanzierung notwendiger Investitionen aufnehmen zu können.

Nach der erfolgreichen Umsetzung der Schutzschirmvereinbarung mit dem Land wird der Main-Kinzig-Kreis dem Landesprogramm „HESSENKASSE“ beitreten, um damit eine nachhaltige Entschuldung des Kreises im Bereich der Kassenkredite zu erreichen. Weiterhin werden die Koalitionäre über ihre Landtagsfraktionen darauf hinwirken, dass die Finanzierung der Hessenkasse durch zusätzliche originäre Landesmittel erfolgt.

Die derzeit gute Entwicklung der Kommunalfinanzen soll auch dazu genutzt werden, um Rückstellungen für künftige Jahre zu bilden, um in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten finanzielle Spielräume zu ermöglichen.

Eine weitere Herausforderung bildet die künftige Finanzierung der Investitionen. Durch den Wegfall von Investitions- und Schulbaupauschale müssen die Investitionen in noch größerem Maß durch Darlehensneuaufnahmen finanziert werden. Hinzu kommt die Vorgabe des Finanzausgleichsgesetzes, die Schulumlage kostendeckend zu erheben, sodass die Priorisierung künftiger Investitionen mit noch größerer Sorgfalt als bisher vorzunehmen ist.

Von großer Bedeutung ist, dass sämtliches Verwaltungshandeln im Main-Kinzig-Kreis im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in effizienten und transparenten Strukturen erfolgt.

Mit Einschaltung eines externen und einschlägig erfahrenen Beratungsunternehmens unter Beteiligung des HFA erfolgt eine Bestandsaufnahme der Struktur der mittelbaren und

unmittelbaren Kreisbeteiligungen und die Erarbeitung einer zukunftsfähigen und effizienten Beteiligungsstruktur, die ggf. in eine Holding-Struktur überführt wird.

Die Koalitionsfraktionen werden diesen Prozess ohne Vorfestlegung in der Ausgestaltung der möglichen Beteiligungsholding starten.

## **Soziales, Gesundheit und Senioren**

---

Die Koalitionspartner bekennen sich nachdrücklich zu ihrer Verantwortung in der Daseinsfür- und -vorsorge. Die Bürgerinnen und Bürger des Main-Kinzig-Kreises profitieren von kommunal geführten Unternehmen wie den Main-Kinzig-Kliniken, den Alten- und Pflegezentren und der Entscheidung des Kreises, als Optionskommune Verantwortung für die Vermittlung von langzeitarbeitslosen Menschen im Kommunalen Center für Arbeit – Jobcenter zu übernehmen. Der Main-Kinzig-Kreis soll als familienfreundlicher Landkreis weiter gestärkt werden. Unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten des Bundes, der Länder und unter Beachtung der kommunalen Selbstverwaltung streben die Koalitionspartner eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf an.

Die Main-Kinzig-Kliniken leisten anerkannt gute Arbeit und sind ein wichtiger Bestandteil der medizinischen Versorgung in der Region. Die Alten- und Pflegezentren sind einer der größten Anbieter von stationärer Pflege – vor allem auch im ländlichen Raum. Wir bekennen uns dazu, die beiden Kliniken des Main-Kinzig-Kreises und die Einrichtungen der Alten- und Pflegezentren in kommunaler Hand zu behalten und begrüßen den eingeschlagenen Weg der Stärkung durch nachhaltige Investitionen in Millionenhöhe. Die Strategie „Gesunde Kliniken 2020“ wird fortgesetzt und erweitert. Für den künftigen Ausbau des Pflegebereichs ist dezentralen Einrichtungen vor Ort der Vorzug vor größeren zentralen Einrichtungen zu geben. Regionale Vernetzungen und sinnvolle Kooperationen werden politisch unterstützt, um für die Bürgerinnen und Bürger die bestmöglichen Strukturen weiterhin vorzuhalten. Ziel ist hierbei, die optimalen Pflegebedingungen für die betroffenen Menschen in Verbindung mit möglichst kostendeckender Bewirtschaftung zu erreichen.

Durch das Gesetz zur Reform der Pflegeberufe werden ab 2020 die drei Pflegeberufe Gesundheits- und Kinderkrankenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege und Altenpflege zu einem Berufsbild zusammengeführt. Dank der beiden kommunalen Pflegeschulen (Akademie für Gesundheit und Aus- und Fortbildungsinstitut für Altenpflege im Main-Kinzig-Kreis) ist der Main-Kinzig-Kreis in der Lage, in diesem Bereich selbstständig zukunftsweisende Entscheidungen treffen zu können. Ziel der Koalitionsparteien ist es, die Ausbildungsgänge unter einem Dach zusammenzuführen und den Main-Kinzig-Kreis als attraktiven und führenden Anbieter in der Pflegeausbildung zu etablieren, um so auch vorhandenen Fachkräftebedarf in der Region abdecken zu können.

Um die notwendige Transparenz und damit das Vertrauen der Betroffenen in die Qualität aller Pflegeeinrichtungen im Main-Kinzig-Kreis sicherzustellen, werden wir eine Kommission „Qualität in der Pflege im Main-Kinzig-Kreis“ (bestehend aus kompetenten Vertretern des medizinischen, pflegerischen, seelsorgerischen und ökonomischen Bereiches) zur stetigen Evaluation einrichten, die im zuständigen Ausschuss des Kreistages hierzu in regelmäßigen Abständen Bericht erstattet.

Der Main-Kinzig-Kreis wird im Rahmen seiner Zuständigkeiten und rechtlichen Möglichkeiten außerdem aktiv daran mitwirken, die ärztliche Versorgung in der Region nachhaltig zu stärken und dabei auch neue innovative Wege gehen. Die Koalitionspartner begrüßen ausdrücklich die Initiative des Main-Kinzig-Kreises, mit der Aufstockung des Förderprogramms Ländlicher Raum auch die ärztliche Versorgung in der gesamten Region in den Blick zu nehmen. Dabei soll aus einer ganzheitlichen Analyse der derzeitigen Versorgungssituation eine gezielte regionale Bedarfsplanung in Zusammenarbeit mit den Kommunen erfolgen, um für die Bürgerinnen und Bürger die bestmögliche Versorgungssicherheit zu erreichen.

Weiterhin wird der Main-Kinzig-Kreis ein Programm entwickeln, das junge angehende Ärzte fördert und sie an die Region bindet. Stipendien und die Mitarbeit/Praktika angehender Ärzte in ärztlichen Praxen im Main-Kinzig-Kreis, gefördert durch den Main-Kinzig-Kreis, sollen hierzu die Grundlage bilden.

Jeder schwerstkranke und sterbende Mensch hat ein Recht auf eine umfassende medizinische und pflegerische Betreuung und Begleitung, die seiner individuellen Lebenssituation und seinem palliativen Versorgungsbedarf Rechnung trägt. Die Koalitionspartner unterstützen die Forderungen der Charta zur



Betreuung schwerkranker und sterbender Menschen, die sich für eine Betreuung im selbst gewählten Umfeld einsetzen. Wir werden kommunal dafür im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten mithelfen, dass Versorgungsstrukturen vernetzt und bedarfsgerecht für Menschen jeden Alters und mit den verschiedensten Erkrankungen mit hoher Qualität so weiterentwickelt werden, dass alle Betroffenen Zugang dazu erhalten. Die Angebote, in denen schwerstkranke und sterbende Menschen versorgt werden, sollen untereinander so vernetzt werden, dass die Versorgungskontinuität gewährleistet ist. Um ein Sterben in Würde auch bei Schwerstkranken jeden Alters möglich zu machen, kommt der Arbeit in den Hospizen, den Palliativstationen der Pflegeheime und Kliniken sowie auch den SAPV-Teams eine große Bedeutung zu. Die Koalitionsfraktionen sind sich darin einig, dass gerade auch das dort erbrachte ehrenamtliche Engagement unsere besondere Wertschätzung verdient. Der Bau des Hospizes in Gelnhausen ist ein Paradebeispiel für die gute Zusammenarbeit zwischen Ehrenamtlichen und dem Landkreis, um bestehende Lücken in der Versorgung zu schließen. Wir unterstützen weitere regionale Zusammenschlüsse, um Versorgungslücken in der stationären palliativen Versorgung zu schließen. Ein besonderes Augenmerk ist für uns als Koalitionsfraktionen auf die pflegerische Situation sowie die Weiterbildung der Fachkräfte in Pflegeheimen und Kliniken zu legen. Ausdrücklich zu unterstützen sind auch Modelle der palliativen Versorgung in einer Pflegesituation.

Um auch die beratende Arbeit von Angehörigen und Betroffenen nachhaltig zu unterstützen, werden die derzeit schon bestehenden und noch geplanten Beratungsstrukturen des Landkreises um die palliative Komponente in Zusammenarbeit mit den bestehenden Netzwerken ergänzt. Zudem wird die bestehende Struktur der Runden Tische der unterschiedlichen Fachdisziplinen weiter gestärkt.

Wir werden weiter den erfolgreichen Weg qualitativ hochwertiger Pflege für Bürgerinnen und Bürger unterstützen. Dazu gehören auch ein regelmäßiger Austausch über Qualität und Standards in der Pflege in Form von regionalen Pflegekonferenzen aller stationären sowie ambulanten Pflegedienste sowie möglichst kurze Wege in der persönlichen Beratung. Daher unterstützen die Koalitionspartner nachhaltig die Errichtung weiterer Pflegestützpunkte in Hanau und Schlüchtern. Im Rahmen der Möglichkeiten wird der Main-Kinzig Kreis hier auf die entscheidende Landesebene Einfluss

nehmen, um gemeinsam dem wachsenden Beratungsbedarf in einer älter werdenden Gesellschaft Rechnung zu tragen.

Durch die Einrichtung einer Stabsstelle Demografie wird diese gesellschaftspolitische Querschnittsaufgabe innerhalb der Kreisverwaltung aufgewertet. Auf diese Weise können wir alle Felder der Kreis- und Kommunalpolitik, auf die sich der demographische Wandel auswirkt, fachlich und integrierend zusammenführen. Die Bewältigung des demographischen Wandels stellt uns vor ganz besondere Herausforderungen. Deshalb wird die Koalition diesen Wandel gestalten, z.B. mit Hilfe einer Demografie-Konferenz. In besonderer Weise soll es auch Aufgabe sein, die Städte und Gemeinden sowie deren Planungen und Initiativen auf diesem Feld partnerschaftlich zu begleiten.

Wir sehen in Zusammenarbeit mit interessierten Städten und Gemeinden die Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern und Familienzentren als eine von mehreren sinnvollen Maßnahmen zur Gestaltung der demografischen Entwicklung an.

Das ausgeprägte ehrenamtliche Engagement im Main-Kinzig-Kreis wird von den Koalitions-partnern gewürdigt und unterstützt. Die Vereine und Verbände sind Säulen und Vorbilder bürgerschaftlichen Engagements in unserem Landkreis. Eine hohe Priorität hat für uns die Förderung der Vereinsarbeit und das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen in unseren Vereinen, Verbänden und Organisationen. Das Ehrenamt wird weiter ideell und finanziell im Rahmen des dafür Möglichen gefördert. Die Sporthallen des Main-Kinzig-Kreises werden den Vereinen weiterhin kostenlos zur Verfügung gestellt.

Wir bekennen uns weiterhin zu unseren starken und leistungsfähigen Einrichtungen und Partnern der Kinder- und Jugendhilfe, um den Herausforderungen auch in Zukunft wirkungsvoll begegnen und nötige Hilfestellungen sorgsam prüfen zu können. In einem wirtschaftlich starken Kreis wie dem Main-Kinzig Kreis dürfen vor allem Kinder nicht zurückgelassen werden. Auch im Main-Kinzig-Kreis sind leider Kinder von Armut betroffen oder bedroht. Die Koalitionsfraktionen machen es sich deshalb zu einer besonderen Aufgabe, losgelöst von den notwendigen Weichenstellungen auf Bundes- und Landesebene, Kinderarmut durch adäquate Programme zur Bildungsteilhabe im einwohnerstärksten hessischen Landkreis zu bekämpfen. Dazu wird der Main-Kinzig-Kreis eigene Maßnahmen und Initiativen entwickeln und diese auf den Weg bringen.

Die Koalitionsfraktionen erkennen die Wichtigkeit von Empfehlungen zum Impfstatus aller Alterskohorten in die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen an. Dabei streben die Koalitionäre an, dass eine Intensivierung der grundlegenden Information durch das Gesundheitsamt und/oder der Impfberatung erfolgt.

Wir sehen die Zuwanderung und die Integration von anerkannten und/oder geduldeten Geflüchteten auf der Basis des Grundgesetzes als eine bedeutende Aufgabe und Herausforderung für unsere Region an. Die Koalitionsfraktionen fördern die gesellschaftliche Integration von Geflüchteten. Die Unterstützung der Ehrenamtsarbeit, aber auch der Bemühungen der Städte und Gemeinden bei der Bewältigung dieser Gemeinschaftsaufgabe ist dabei der Schlüssel für eine gelingende Integration. Besondere Bedeutung für die Integration messen die Koalitionsfraktionen dem Prinzip des „Fördern und Forderns“ bei. Die Integration von Männern und Frauen in Beschäftigung hat hierbei eine besonders hohe Priorität. Die Koalition stellt sich zudem gegen eine generelle Ausgrenzung von Minderheiten. Wir nutzen gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Initiativen und Institutionen die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um ausgrenzenden Tendenzen aktiv zu begegnen. Demokratiewerkstätten für Kinder und Jugendliche können dazu beitragen, Tendenzen von gesellschaftlichen Fehlentwicklungen frühzeitig vorzubeugen.

Der Main-Kinzig-Kreis wird jährlich in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden im Rahmen der interkulturellen Woche eine Einbürgerungsfeier organisieren.

# Verkehr und ÖPNV

---

Mobilität wird in den schnell und dynamisch wachsenden Branchen eine wichtige Rolle spielen. Aber auch für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises ist sie unverzichtbare Grundlage für eine moderne Lebensgestaltung. Im Zuge der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes im Jahr 2018 sind innovative Mobilitätskonzepte zu prüfen und einzubeziehen.

## Individualverkehr

---

Die Grundlage für den Erhalt der Wirtschaftskraft sind moderne und leistungsfähige Infrastruktureinrichtungen. Dazu gehören notwendige Investitionen in die Unterhaltung des Straßennetzes in Verantwortung des Main-Kinzig-Kreises, ausreichend mitfinanziert durch das Land Hessen. Darauf werden die im Kreis- wie im Landtag vertretenen Abgeordneten der Koalition in Wiesbaden nachdrücklich hinwirken. Das verstärkte Siedlungswachstum im Osten des Verdichtungsraumes Rhein-Main, zu dem auch der Main-Kinzig-Kreis zählt, führt aufgrund vermehrter Verkehrsbeziehungen mit dem Kern des Verdichtungsraumes zu höheren Verkehrsbelastungen. In diesem Zusammenhang wird vereinbart, fachkundig zu untersuchen, welche Infrastrukturinvestitionen und verkehrsplanerischen Maßnahmen erforderlich sind, um eine funktionierende Mobilität zwischen dem Main-Kinzig-Kreis und dem Zentrum der Metropolregion Rhein-Main nachhaltig sicherzustellen (z.B. vierspuriger Ausbau A3 im Bereich Hanau, Riederwaldtunnel, Ausbau B43a).

Wir werden in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen auf Bundes- und Landesebene dafür eintreten, dass der Lärm-/Schallschutz an der A 66 saniert und ausgebaut wird.

Der Ausbau des Radwegenetzes entlang der Kreisstraßen und in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden als Weg zu großen Schulstandorten wird einen besonderen Stellenwert erhalten.

## ÖPNV

---

Als unverzichtbaren Erfolgsfaktor für einen starken Wirtschaftsraum und als zentrales Projekt zur Entlastung der Verkehrsadern zwischen dem Main-Kinzig-Kreis und der Stadt Frankfurt kämpfen wir gemeinsam für den Baubeginn der

Nordmainischen S-Bahn. Mit Nachdruck setzt sich die Koalition gemeinsam mit Vertretern der Kommunen und der Wirtschaft sowie den Abgeordneten unserer Bundestags- und Landtagsfraktionen für die zügige Umsetzung dieses Projekts ein, insbesondere zur Beseitigung der offenen Finanzierungsfragen. Auch auf den Ausbau der Niddertalbahn wird seitens des Main-Kinzig-Kreises nachdrücklich hingewirkt.

Die Koalition setzt sich dafür ein, im Gespräch mit Fernbusanbietern mehr Fernbuslinien mit Haltestellen in Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern zu gewinnen.

Die Koalition bekennt sich zum Ausbau der Elektromobilität im Main-Kinzig-Kreis und zu den Strategien und Zielen des Elektromobilitätskonzepts der Kreiswerke Main-Kinzig.

## **Bahnverkehr**

---

Auch die Fernverkehrsstrecke Frankfurt – Fulda zählt zu den wichtigsten Infrastrukturprojekten der nächsten Jahre. Die Koalition unterstützt nach Kräften den Aus- und Neubau der Kinzigtalbahnstrecke, gleichwohl muss in dieser Maßnahme der Bürgerbeteiligungsprozess einen weiterhin hohen Stellenwert genießen, um die Akzeptanz dieses Bauprojekts nicht zu gefährden. Hierbei fordern wir die Entscheidungsträger der DB dazu auf, alle in Vorschlag gebrachten Trassenvarianten mit der gleichen Intensität zu überprüfen. Den Schutzgütern Mensch und Natur müssen im Zweifel Vorrang vor Kostenüberlegungen bei der endgültigen Festlegung des Trassenverlaufes eingeräumt werden.

Die Planungen der Deutschen Bahn werden seitens des Main-Kinzig-Kreises in Bezug auf die Kernforderungen des Landkreises überprüft. Unser Ziel ist es, dass es zu einer Gesamtbetrachtung kommt, in welcher Mensch und Natur im Mittelpunkt stehen.

Das ist für uns die Überschrift, der wir alles unterordnen. Dazu gehört für uns nachfolgendes Gesamtmaßnahmenpaket:

1. Bei der Umsetzung einer Variante ist der größtmögliche Schutz für den Menschen zu gewährleisten. Wirtschaftliche Interessen spielen eine untergeordnete Rolle.
2. Losgelöst von einer Variante ist die Bestandsstrecke auf den neuesten Stand des Lärmschutzes nach den Vorgaben für eine Neubaustrecke nachzurüsten.
3. An allen Empfangsgebäuden und Bahnsteigen im gesamten Kreisgebiet ist die Barrierefreiheit herzustellen.

## Flughafen Frankfurt

---

Die Koalitionsfraktionen sind sich sowohl der Bedeutung des Frankfurter Flughafens in seiner genehmigten Erweiterung für die ökonomische Entwicklung der Rhein-Main-Region, als auch dem damit einhergehenden Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor vermeidbarem Fluglärm bewusst. Der Main-Kinzig-Kreis wird sich in der Fluglärmkommission weiterhin für den bestmöglichen Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor vermeidbarem Fluglärm einsetzen. Die weitere Entwicklung des Frankfurter Flughafens darf nicht auf Kosten der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger des Main-Kinzig-Kreises gehen.

## Schul- und Bildungspolitik

---

Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft unserer Kinder und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie beginnt in der Familie, wird in den Kindertagesstätten fortgesetzt, in Schule und Ausbildung ausgebaut und lebenslang fortentwickelt.

Wir stimmen darüber überein, nach den Möglichkeiten, die das Land Hessen bietet und die dem Schulträger zur Verfügung stehen, alle Schulen von Maintal bis Sinntal, trotz teils unterschiedlicher demografischer Entwicklung im Kreisgebiet, zu erhalten. Hierzu gehört eine transparente, ehrliche und offene Diskussion mit den betroffenen Schulgemeinden, um nachhaltige Lösungen für unsere Schullandschaft zu entwickeln.

Ein guter Ansatz ist das im Main-Kinzig-Kreis eingeführte Modell der Verbundschulen, um insbesondere die kleinen Grundschulen im Osten des Kreises zukunftsfähig zu machen. Dies setzt allerdings die Bereitschaft der Beteiligten vor Ort voraus, dieses Modell der Standorterhaltung zu unterstützen. Die Koalition strebt eine weiterhin enge Kooperation mit der Stadt Hanau als Schulträger an.

Der Main-Kinzig-Kreis ist als Schulträger für den Schulbau und die Investitionen in unsere Schulen verantwortlich. Die Koalition setzt sich dafür ein, die Investitionsquote im Rahmen

der finanziellen Möglichkeiten des Kreises auf dem bisherigen hohen Niveau zu halten.

Wir werden sukzessive Schulen mit modernen digitalen Medien ausrüsten, um den Unterricht den Anforderungen der neuen Arbeitswelt anzupassen und die Möglichkeiten individueller Förderung durch digitale Medien zu nutzen. Konkret streben wir an, die vollständige Digitalisierung der schulischen Infrastruktur im MKK bis zum Jahre 2021 zu erreichen. Dort wo dies von der jeweiligen Schulkonferenz befürwortet wird und mit deren pädagogischen Konzepten vereinbar ist, stellen wir leistungsstarkes WLAN und IT-Systeme sowie digitale Lernmaterialien bereit. Zudem setzen sich die Koalitionäre über ihre Landtagsfraktionen beim Hessischen Kultusministerium dafür ein, dass alle Lehrkräfte entsprechend der Anforderungen im Umgang mit neuen Medien und IT-Systemen fortgebildet werden.

Die derzeit bestehende Schulsozialarbeit werden wir im vollen Umfang in Absprache mit den Städten und Gemeinden fortführen und weiterentwickeln.

Ziel der Koalition ist es, dass sich das Land Hessen, wie bereits bei PuSch- (Praxis und Schule) und InteA- (Integration und Abschluss) Klassen, an den Kosten der Schulsozialarbeit beteiligt. Der Main-Kinzig-Kreis unterstützt die Schulen bei der Weiterentwicklung der Berufs- und Studienorientierung.

Wir streben zur Unterstützung des Brandschutzes bzw. der Feuerwehren im Main-Kinzig-Kreis freiwillige Angebote zur Brandschutzerziehung an Schulen an.

Der Main-Kinzig-Kreis unterstützt die Schulen auf ihrem Weg hin zu Ganztagschulen im Rahmen der jeweiligen Programme des Landes Hessen, dazu zählt neben den Betreuungsprofilen 1 – 3 auch der Pakt für den Nachmittag. Wir werden daher die Schulen durch die Bereitstellung der nötigen, modernen Infrastruktur einschließlich einer gesunden Schulverpflegung nachhaltig unterstützen und fördern. Das Bestreben von Schulen hin zu Nachmittagsangeboten und den Pakt für den Nachmittag wird nicht an Möglichkeiten der Schülerbeförderung scheitern. Vorhandene Träger bewährter Bildungs- und Betreuungsangebote vor Ort sollen zuvorderst in die Angebote mit einbezogen werden. Die Koalition bekennt sich dazu, dass die Finanzierung der Aufgabe der Schulkinderbetreuung und der Ganztagsangebote nicht zu Lasten der Städte und Gemeinden sowie der Landkreise gehen darf.

In der UN-Behindertenrechtskonvention ist die Leitidee der Inklusion festgehalten. Dabei sollen Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam beschult werden. Unser Ziel muss es sein, den Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen oder Behinderung an Grundschulen und weiterführenden Schulen zu erhöhen und im Gegenzug die Förderschulbesuchsquote in den nächsten Jahren zu senken. Das Elternwahlrecht zwischen inklusiver Beschulung und Förderschule hat bei der Wahl der Beschulung für uns Priorität.

Wir unterstützen den Aufbau von inklusiven Schulbündnissen im Main-Kinzig-Kreis. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen sollen so konzentriert werden, dass inklusive Beschulung für alle Beteiligten als Mehrwert und nicht als zusätzliche Belastung empfunden wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Förderschwerpunkte, die bisher im Main-Kinzig-Kreis nicht im Angebot der inklusiven Beschulung waren, auch bei uns an Regelschulen angewählt werden können. Hierfür sind gegebenenfalls Schwerpunktschulen zu bilden.

Die beruflichen Schulen sind aufgrund ihres breitgefächerten und vielfältigen Bildungsangebots ein herausragender Pfeiler innerhalb unserer Bildungslandschaft im Main-Kinzig-Kreis. Im Rahmen der dualen Ausbildung sind sie zuverlässiger Partner der Wirtschaft und übernehmen den theoretischen Teil der Berufsausbildung. Zahlreiche Angebote in Teil- und Vollzeitform ermöglichen jungen Menschen den Einstieg in ihr weiteres Berufsleben und führen zudem auch zu höherwertigen Schulabschlüssen.

Bei einer Fortschreibung des Berufsschulentwicklungsplanes tragen wir Sorge dafür, dass durch intelligente Gestaltungselemente alle Berufsschulstandorte im Kreis und in der Stadt Hanau nachhaltig fortentwickelt werden. Durch entsprechende räumliche und sachliche Ausstattung werden wir weiterhin die beruflichen Schulen für die Herausforderungen der kommenden Jahre rüsten.

Die Koalition bekennt sich zu dem Konzept des „Lebenslangen Lernens“. Die Bildungspartner Main-Kinzig (BiP) bieten ein breit aufgestelltes Kurs- und Seminarangebot an und leisten damit eine hervorragende Arbeit in diesem Bereich. Daher sind sie für uns logischer Partner bei der Umsetzung des Konzepts des „Lebenslangen Lernens“.

Darüber hinaus streben die Koalitionäre den Ausbau des Main-Kinzig-Kreises als Hochschulstandort an. Hiermit ließe sich den teilweise hohen Bildungswanderungen insbesondere im



Altkreis Schlüchtern, aber auch im Raum Hanau infolge der räumlichen Nähe zu Frankfurt, wirksam entgegengetreten. Auf dem Weg zum Hochschulstandort Main-Kinzig sind kleinere Schritte, wie zum Beispiel Fachhochschulabschlüsse in Einzelbereichen unter Einbeziehung der Bildungspartner anzustreben.

Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass all diese Angebote flächendeckend und den Bedürfnissen der Arbeitnehmer angepasst stattfinden. Im Rahmen der Integration von Flüchtlingen sind die Bildungspartner für uns ein zentraler Ansprechpartner im Bereich der Qualifizierung.

Der Main-Kinzig-Kreis ist ein weltoffener und vielfältiger Kreis. Dies zeigt sich nicht zuletzt durch die vielen Partner- und Freundschaften, die in den letzten Jahrzehnten entstanden sind. Die Koalition wird sich dafür einsetzen, die Partner- und Freundschaften zu pflegen und z.B. durch den regelmäßigen Austausch von Schülerinnen und Schülern mit Leben zu füllen.

## Digitale Infrastruktur

---

Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zur wichtigsten infrastrukturpolitischen Entscheidung der zurückliegenden Jahre: den Ausbau des Glasfasernetzes zur flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet. Mittlerweile haben über 98 Prozent der Haushalte des Main-Kinzig-Kreises einen Zugang zum Breitband-Internet mit Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 50 Megabit. In den kommenden Jahren streben wir gemeinsam mit der Breitband GmbH und unserem derzeitigen Partner M-Net an, diese Geschwindigkeit durch die Nutzung der sogenannten „Vectoring-Technik“ in Pilot-Kommunen im Kreisgebiet zu verdoppeln. Ziel soll eine anschließende flächendeckende Verfügbarkeit von Vectoring im gesamten Kreisgebiet sein. Davon unabhängig besteht schon heute für interessierte Unternehmen oder Privatanwender die Möglichkeit durch Glasfaserdirektanschlüsse Übertragungsraten jenseits von 100 Megabit zu realisieren. Langfristig streben die Koalitionäre bei der Erschließung von Neubaugebieten an, eine deutliche Erhöhung der Geschwindigkeiten durch die flächendeckende Absicherung des FTTB-Standards von 150 Mbit zu erreichen.

# Wohnen

---

Die Nachfrage nach Wohnraum, insbesondere nach bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen, übersteigt mittlerweile deutlich das entsprechende Angebot in den Städten und Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises. Das Programm des Landkreises „Preisgünstiger Wohnungsbau im Main-Kinzig-Kreis“ wird fortgeführt und soll im Rahmen der Möglichkeiten des Kreises auch erweitert werden.

# Ländlicher Raum

---

Der Main-Kinzig Kreis bietet eine hervorragende Lebensqualität, die für nachfolgende Generationen bewahrt werden soll. Die Stärkung des ländlichen Raums hat weiterhin eine hohe Bedeutung für eine zukunftsorientierte Entwicklung. Die Stärkung und der Erhalt der alten Ortskerne und der damit verbundenen Strukturen sind erklärtes Ziel dieser Koalition. Daher wird das vom Main-Kinzig-Kreis initiierte neue Förderprogramm „Ländlicher Raum“ nachhaltig unterstützt. Die Förderinstrumente schaffen Anreize, um vor allem kleine Orts- und Stadtteile als Wohn- und Wirtschaftsstandorte zu erhalten und zu stärken. Ziel dabei ist eine Gesamtbetrachtung, in der die unterschiedlichen Regionen des Kreises vergleichbar attraktiv werden. Besonders für junge Menschen und Familien müssen Perspektiven in den ländlichen Regionen des Landkreises geschaffen werden. Gleichzeitig sollen mit Blick auf den demografischen Wandel Infrastrukturen und barrierefreie Systeme ausgebaut werden, um auch die älter werdende Bevölkerung an den noch verwurzelten Standorten halten zu können.

# Tourismus

---

Der Bereich Tourismus hat für den Main-Kinzig-Kreis eine hohe Bedeutung und ist ein starker Wirtschafts- und

Standortfaktor. Neben den unmittelbaren wirtschaftlichen Effekten ist die Attraktivität des Main-Kinzig-Kreises ein starker Bekanntheits- und Image-träger. Die Wohn- und Lebensqualität spielt auch für die Gewinnung von Arbeits- und Fachkräften für die Unternehmen eine starke Rolle.

Die Koalitionsfraktionen werden die im Jahr 2015 begonnene Neustrukturierung des Bereiches Tourismus weiter umsetzen. Die „Spessart Tourismus und Marketing GmbH“ bündelt die Marketing-Aktivitäten für die Region und soll damit eine weitere Stärkung des Wirtschaftsstandortes erreichen. Die Vernetzung der Spessart Tourismus und Marketing GmbH auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene soll weiter ausgebaut werden. Leitlinien hierfür bildet der durch das Land Hessen aufgelegte Tourismuspolitische Handlungsrahmen, der den Rahmen der professionellen Ausrichtung der Destination Spessart beschreibt. Die Koalitionsfraktionen setzen sich dafür ein, die Destination Spessart als finanziell förderwürdig durch das Land Hessen anzuerkennen. Der Main-Kinzig-Kreis begleitet die Tourismusgesellschaft als Hauptgesellschafter durch eine enge Abstimmung mit dem Mitgesellschafter IHK und der Geschäftsführung.

Die beiden Kurstädte Bad Orb und Bad Soden-Salmünster verfügen über ein breites Gesundheitsangebot und eine hohe Kompetenz für medizinisch-therapeutische Dienstleistungen. Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, der Gesundheitskompetenz der Kurorte in der Vermarktungsstrategie der Spessart Tourismus und Marketing GmbH einen besonderen Stellenwert einzuräumen.

Zudem bekennen sich die Koalitionsfraktionen zum eingeschlagenen Weg des Main-Kinzig-Kreises, die Weiterentwicklung der touristischen Infrastruktur in der Region durch eigene Maßnahmen, Förderprojekte und Förderprogramme fortzusetzen.

# Umwelt und Landwirtschaft

---

Das Wachstum unserer Region stößt dort an seine Grenzen, wo wir unsere natürlichen Ressourcen auf Dauer schädigen. Der Kreis wird auch in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden und der Einbindung aller Betroffenen und Beteiligten wirksame Voraussetzungen für eine weitere Verbesserung der Umweltqualität schaffen, insbesondere wenn es um Fragen des Landschafts- oder Naturschutzes und den Ausgleich von Natur- und Siedlungspolitik geht. Besondere Beachtung gilt dem Erhalt und die Sicherung der Trinkwasserreserven und dem vorbeugenden Hochwasserschutz sowie dem Schutz vor Verkehrs- und Fluglärm.

Die Landwirtschaft im Main-Kinzig-Kreis ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region. Neben der Produktion von wertvollen Lebensmitteln sind die landwirtschaftlichen Betriebe auch wichtiger Partner für die langfristige Erhaltung unserer Kulturlandschaft und wichtiger Arbeitgeber der Region. Die Koalition setzt sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Landwirtschaft und einer nachhaltigen Forstwirtschaft ein. Ein wichtiger Schwerpunkt dabei ist der Erhalt der bestehenden landwirtschaftlichen Flächen.

Mit den landwirtschaftlichen Verbänden und unseren Marketingstellen wollen wir erreichen, dass qualitativ hochwertige Produkte aus unserer Region noch besser vermarktet werden. Deshalb unterstützt die Koalition ausdrücklich Initiativen und Kooperationen in dieser Aufgabe. Auch die Initiative Lernfeld Landwirtschaft, die vor allem Kinder und Jugendliche in Zusammenarbeit mit Kindergärten, Kindertagesstätten, Horten und Schulen an die heimische Landwirtschaft und deren Produkte heranzuführt, wird weitergeführt und ausgebaut.

# Energiepolitik

---

Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zum Um- und Ausbau der Stromversorgung auf erneuerbare Energie, um damit die Gefahr und Abhängigkeit bei der Erzeugung von Atomenergie und die Belastung durch fossile Brennstoffe zu minimieren. Die Vorarbeiten hierfür werden auf der Ebene der Regionalversammlung (Teilplan Erneuerbare Energie) geleistet. Im Main Kinzig-Kreis hat sich die Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien seit dem Jahr 2011 mehr als verdoppelt. Mittlerweile decken erneuerbare Energiequellen rein rechnerisch ca. ein Drittel des gesamten Stromverbrauchs im Kreis. Die Koalitionspartner bekräftigen ihr Ziel, den Ausbau der regenerativen Energiequellen dezentral und im Einklang mit dem Bürgerwillen vor Ort weiter voranzutreiben. Ebenso sollen die Möglichkeiten der Energieeffizienz bei allen Entscheidungen des Kreises berücksichtigt werden.

Vor dem Hintergrund einer sich stetig verändernden Wettbewerbslandschaft im Energiebereich forcieren die Koalitionsfraktionen den Zusammenschluss von Versorgungsunternehmen mit Kreisbeteiligung zu einem starken, regionalen Energieversorger.

Im Zuge dessen soll geprüft werden, ob auch weitere kreiseigene Gesellschaften in ein solches Unternehmen integriert werden können.

## Windkraft

---

Der Ausbau und die Errichtung von Windkraftanlagen sollen nur an Standorten stattfinden, für die eine Zustimmung der Standortkommunen vorliegt, besonders bei den Kurstädten. Dies gilt auch für die Bereitstellung von kreiseigenen Grundstücken. Sie werden für die Windkraftnutzung nur zur Verfügung gestellt, wenn die Standortkommunen damit einverstanden sind.

Das Einverständnis der Kommunen ergibt sich aus den Abstimmungsergebnissen der Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen beziehungsweise aus Bürgerentscheiden vor Ort zum Ausbau der Windkraft.

Bisher eingeleitete Maßnahmen durch Unternehmen mit Beteiligung des Main-Kinzig-Kreises werden von dieser Koalitionsvereinbarung nicht berührt. Das gilt für den Bau der

Windkraftanlagen in Flörsbachtal und Jossgrund, in deren Parlamenten sich eine Mehrheit bereits für die Errichtung von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energie ausgesprochen hat.

## **Energiespeicher und Innovation**

---

Der Umbau der Energieversorgung wird auch künftig innovative und neue Maßnahmen erfordern. Die Koalitionspartner stehen modellhaften Projekten offen gegenüber. Sie streben die Einrichtung und Betreibung einer power-to-gas-Anlage (Umwandlung von aus erneuerbarer Energie gewonnenem Strom in Wasserstoff) an. Dazu setzen sich die an der Koalition beteiligten Fraktionen über ihre Landtags- und Bundestagsabgeordneten für eine stützende Bezuschussung ein, Ziel ist eine Mischfinanzierung mit privaten Investitionen. Die power-to-gas-Methode bietet die Perspektive für eine zweite Wasserstoff-Tankstelle im Kreisgebiet und wird eine Umrüstung des in öffentlicher Hand befindlichen Fuhrparks hin zu Wasserstoffantrieben erleichtern.

## **Innere Sicherheit**

---

Damit sich die Menschen im Main-Kinzig-Kreis auch in Zukunft sicher fühlen, muss das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung erhalten und bei Bedarf gestärkt werden. Die Koalitionsfraktionen setzen sich gegenüber dem Land Hessen dafür ein, dass die Polizeistationen und Polizeiposten im Main-Kinzig-Kreis im Rahmen der Einstellungsoffensive des Landes Hessen personell verstärkt werden. Außerdem setzt sich die Koalition dafür ein, dass alle Polizeistandorte im Kreisgebiet gesichert, gestärkt und erhalten bleiben.

Die Koalitionäre unterstützen zudem die Arbeit des künftigen „Hauses des Jugendrechtes“ und des neu gegründeten „Präventionsrates“.

Moderne Prävention will frühzeitig mögliche Gefährdungslagen wie Verwahrlosung, Gewalt, Radikalisierung und andere erkennen und vorrangig möglichst niedrigschwellig agieren können, um Fehlentwicklungen vorzubeugen. Unsere Präventionsarbeit gemeinsam mit den Städten und Gemeinden

ist darauf angelegt, dass Beratungs- und Hilfeangebote, Maßnahmen und Projekte und die sie tragenden Institutionen nachhaltig unterstützt und in einer Gesamtstrategie zusammengeführt werden. Prävention – sei es Gewalt-, Gesundheits- und soziale Prävention oder Kriminalprävention – ist eine Querschnittsaufgabe und als solche mit ihrer Bandbreite von Maßnahmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern in ihrer Vielfalt und Komplexität zu koordinieren.